

**Positionen der Chemieorganisationen
aus Wissenschaft und Wirtschaft
zur
Einführung einer „Forschungsprämie“ in Deutschland**

Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC)

Deutsche Bunsen-Gesellschaft für Physikalische Chemie (DBG)

**Deutsche Gesellschaft für Chemisches Apparatewesen, Chemische Technik
und Biotechnologie (DECHEMA)**

Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh)

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE)

**Verband Angestellter Akademiker und Leitender Angestellter
der Chemischen Industrie (VAA)**

Verband der Chemischen Industrie (VCI)

Der Wettbewerb der Volkswirtschaften findet immer mehr auf dem Feld der Innovation statt. Praktisch alle Staaten haben deshalb Maßnahmen zur Forschungsförderung eingeführt.

Die direkte Förderung von vorwettbewerblichen Forschungsprojekten der Wirtschaft („Projektförderung“) – oft im Verbund mit Forschungsinstituten der Wissenschaft – war über viele Jahre das vorherrschende Instrument vieler Staaten zur Steigerung der Innovationsfähigkeit der Volkswirtschaft. Die Projektförderung hat allerdings eine Reihe von Nachteilen: Festlegung der Ausschreibungsfelder nicht flexibel genug, lange Dauer bis zur Bewilligung der Anträge, hohe Bürokratiekosten, Auflagen bei den gewerblichen Schutzrechten, Unsicherheiten der Antragsteller hinsichtlich der Projektbewilligung, schwieriges Prozedere bei Projektabbruch etc.

Immer mehr Staaten haben deshalb zusätzlich zur Projektförderung indirekte – oft steuerliche – Maßnahmen zur Stimulierung des Forschungsengagements der Unternehmen eingeführt. Führende Staaten sind: Spanien, Kanada, Portugal, Österreich, Australien, Niederlande, Frankreich, Korea, USA, Irland, Mexiko, Japan und Großbritannien. Deutschland gehört nicht dazu. Dies bedeutet einen Wettbewerbsnachteil für den Forschungsstandort Deutschland. Eine indirekte FuE-Förderung ist – wenn zielgenau auf die Schwächen des nationalen Innovationssystems ausgerichtet – effizient, flexibel, bedarfsgerecht und zugleich unbürokratisch, wie Erfahrungen in vielen anderen OECD-Ländern zeigen.

Auch in Deutschland wird mittlerweile von den Wirtschaftsforschungsinstituten und von Forschungspolitikern die Einführung indirekter Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Entwicklung gefordert. So wird im „Ergänzenden Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands“ der Jahre 2003 und 2004, der im Auftrag des BMBF erstellt wurde, eine indirekt wirkende "FuE-Zulage" zusätzlich zu den bereits bestehenden Förderinstrumenten gefordert. Auch der Bundestags-Forschungsausschuss hat sich Ende 2004 mit diesem Thema befasst und fordert die Bundesregierung auf, die Bedingungen für Forschung und Entwicklung in Deutschland mit dem Ziel zu verbessern, dass die Unternehmen einen höheren Teil ihrer Einnahmen für Forschung und Entwicklung verwenden, und regt in diesem Zusammenhang die Prüfung von Steuergutschriften und ähnlichen Instrumenten an.

Spezifische Schwächen des deutschen Innovationssystems sind der Technologietransfer und die weiterhin nicht ausgeschöpften Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Unternehmen mit der Wissenschaft. Von den Gesamtaufwendungen der deutschen Wirtschaft für Forschung und Entwicklung im Jahr 2003 in Höhe von 46,7 Mrd. € flossen nur knapp 1,05 Mrd. € (ca. 2,3 %) in die deutsche Wissenschaft (Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen). Dieser Anteil ist deutlich zu niedrig.

Die Chemieorganisationen sprechen sich daher nachdrücklich dafür aus, außerhalb der Projektförderung erfolgreiche Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft

durch eine an die Wissenschaft fließende staatliche „Forschungsprämie“ in Höhe von 25 % der Zahlungen der Wirtschaft an die Wissenschaft zu fördern. Die Kosten für die Einführung einer "Forschungsprämie" in Deutschland würden sich auf rund 300 Mio. € pro Jahr belaufen.

Da die Unternehmen eigene Gelder zur Finanzierung der Kooperationen bereitstellen, werden nur solche Kooperationsvorhaben in Angriff genommen, die hinsichtlich ihrer Erfolgsaussichten strenge wettbewerbliche Anforderungen erfüllen. Gerade für forschungsintensive Firmen, die auf Kooperationen mit der Wissenschaft angewiesen sind, wäre dieses Instrument aufgrund seiner Flexibilität von großem Nutzen. Das käme gerade auch den KMU zugute. Zudem würde es weitere Drittmittel für die Wissenschaft mobilisieren.

Die Vorteile einer "Forschungsprämie" sind:

- Begünstigung des Technologietransfers und der Intensivierung der Zusammenarbeit von Industrie und Wissenschaft
- Administrativ einfache Durchführungsweise
- Kein Auftreten von Abgrenzungsschwierigkeiten, da vom Unternehmen an die kooperierende Wissenschaftseinrichtung fließende Zahlungen eindeutig belegbar sind
- Marktkonforme Maßnahmen, da sie den Unternehmen völlige Freiheit in der Themen- und Partnerwahl lässt
- Förderung der Grundlagenforschung oder der angewandten Forschung in der Wissenschaft – je nach Bedürfnislage des Unternehmens
- Anreize für Wissenschaftler und industrielle Forschungseinrichtungen, in Deutschland zu bleiben
- Verstärkte Mobilisierung von Drittmitteln für die Wissenschaft

26.06.2005